

Internationaler Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher_innen am 21. Juli 2017

Menschenrechte auch für Drogengebraucher

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen beschloss die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ in Paris. „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren,“ so lautet der erste Artikel.

Welchen Wert hat die Erklärung der Menschenrechte heute eigentlich noch? Blickt man auf die Philippinen, wo tausende Drogengebraucher_innen durch staatlichen Auftrag und mit Billigung der Regierung ermordet werden, so sind die Menschenrechte dort quasi abgeschafft.

Die unwürdige Zurschaustellung der Todesstrafe für Drogenbesitz, Handel und Konsum in Indonesien, dem Iran, Saudi Arabien und anderen Ländern zeigt keinerlei Wirkung auf die Verbreitung des Drogenkonsums. Mit dem internationalen Gedenktag 2017 verleihen wir daher unserer Forderung Nachdruck, die Todesstrafe weltweit abzuschaffen.

Gleiches gilt für Zwangsbehandlungen in sogenannten „Therapien“ z.B. in Asien, Russland, in denen Drogengebraucher_innen heute drastischen Formen von Menschenrechtsverletzungen durch kalten Zwangsentzug, Massenunterbringungen, körperlicher Gewalt und Folter ausgesetzt sind.

Die Situation in Deutschland ist mit der in Russland, den Philippinen und anderer Länder nicht zu vergleichen. Aber auch in Deutschland geht der Staat gegen Menschen, die Drogen besitzen, als Konsumenten mit ihnen handeln oder sie konsumieren, mit dem Strafrecht vor -dem schärfsten Schwert. Er lässt dabei jede Verhältnismäßigkeit außer Acht.

JES, als Interessenvertretung Drogen gebrauchender Menschen und die Unterstützer_innen des Internationalen Gedenktages fordern eine Rückkehr zur Verhältnismäßigkeit, um das zentrale Recht eines jeden Bürgers auf Privatsphäre als Basis für Autonomie und Menschenwürde zu schützen.

Umgehend müssen in Deutschland und weltweit alle straf- und zivilrechtlichen Strafen für Besitz und Anbau von Drogen für den Eigenbedarf wegfallen. Weltweit konsumieren Millionen Menschen jenseits aller Klassen und Ethnien illegalisierte Drogen, ohne Dritte unmittelbar zu schädigen.

Drogengebraucher_innen zu kriminalisieren ist unwirksam und schädlich. Es untergräbt den Grundsatz von Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit, denn auch härteste Strafen halten Menschen nicht vom Drogenkonsum ab. Diese Strafen begleiten und beeinträchtigen das Leben von Millionen, wenn Registereinträge und Vorstrafen Menschen ihr ganzes Leben lang verfolgen, "Jugendsünden" Lebensentwürfe beeinträchtigen und angestrebte berufliche Entwicklungen zum Schaden einer gesamten Gesellschaft beendet werden müssen.

Eine Lösung für die hier beschriebenen Probleme liegt einzig in einer Regulierung von Anbau, Handel, Besitz und Konsum von heute illegalen Substanzen

**„Wo Leben ist, da ist Hoffnung - und unser erstes Ziel in der Drogenpolitik sollte darin bestehen, diese Hoffnung am Leben zu erhalten, indem wir die Abhängigen am Leben halten!“
Heather Brook, Australien**

Bundesarbeitsgemeinschaft der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit
JES Bundesverband e.V. - Landesverband JES NRW e.V. - Deutsche AIDS-Hilfe e.V. -
Gesellschaft für Suchtmedizin - akzept e.V.-

Verantwortlich: Jürgen Heimchen, Ravensberger Str. 44, 42117 Wuppertal , Tel. 0202-423519